

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 16/2045**

Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Landtag Schleswig-Holstein

Monika Heinold  
Parlamentarische Geschäftsführerin

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1517  
Zentrale: 0431/988-0  
Telefax: 0431/988-1501

monika.heinold@gruene.ltsh.de  
[www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN • Düsternbrooker Weg 70 • 24105  
Kiel

An den  
Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Günter Neugebauer, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

Ole Schmidt z.Kt.

Kiel, den 22.05.07

TOP für den Finanzausschuss

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit beantrage ich für die vorläufige Tagesordnung der nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 31. Mai 2007 den Tagesordnungspunkt „Vergabe Bahnnetz Ost“ erneut aufzunehmen.

Im Rahmen einer nichtöffentlichen und vertraulichen Sitzung bitte ich die Landesregierung über den Sachstand des Vorprüfungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Kiel wegen möglicher Straftaten im Zusammenhang mit der Vergabe des Bahnnetzes Ost zu berichten.

Außerdem bitte ich Wirtschaftsminister Austermann, VertreterInnen der AKN und der LVS unter anderem die unten aufgeführten Fragen zu beantworten.

Ich beantrage schon jetzt, dass ein Wortprotokoll von dieser Sitzung erstellt wird. Zudem bitte ich um die Teilnahme der Vorsitzenden der Vergabekammer Frau Gabriele Tahal.

Von der Beantwortung der Fragen wird meine Fraktion die Einleitung weiterer parlamentarischer Schritte abhängig machen.

A. Fragen an Minister Austermann:

- Gab es mündliche Absprachen bzw. Gespräche/Kontakte vor oder nach dem 7.2.07 zwischen dem Minister/MitarbeiterInnen des Ministeriums und der DB AG oder anderen Beteiligten/Interessenten bezüglich des Interessenbekundungsverfahrens?

- Sind Informationen über die Konkurrenzangebote an die DB AG weiter gegeben worden? Wenn ja, wann, mit wem und was waren die Inhalte dieser Kommunikation?
- Sind die aufgrund der Anforderung des Ausschusses hergereichten Akten zum Komplex Mitteilung eines „Rechenfehlers“, Darlegung der Inhalte und Auswirkungen des Rechenfehlers, Prüfung durch die Vergabebehörde und das Ministerium, diesbezüglich vollständig?
- Hat die DB AG den Rechenfehler selbst bemerkt oder hat es Hinweise dazu aus dem Ministerium gegeben?
- Worin genau lag der Rechenfehler der DB AG, der Grundlage der Korrektur des Angebotes NA 3b war? Ist dieser Rechenfehler auch für übrige Angebote ändernd, wenn ja, in welcher Weise?
- Wie war der genaue zeitliche Ablauf der Mitteilung, der Prüfung und Entscheidung über die Zulassung eines veränderten Angebotes und die weitere Prüfung, ob nur der Fehler allein in das neue Angebot korrigierend einfluss?
- Gibt es für das Rollende Material Listenpreise? Wenn ja, decken sich diese mit den ersten Angeboten der DB AG bzw. mit dem reduzierten Nebenangebot NA 3b vom 12. März 2007? Wenn nein, wie groß ist der Unterschied?
- Einem Artikel des Hamburger Abendblattes vom 18. Mai 2007 ist zu entnehmen, dass bei der Korrektur des Angebotes der DB AG vom 12. März 2007 die angesetzten Zinskosten für den Kauf des Fahrzeugmaterials neu kalkuliert wurden. Worin genau bestand die Korrektur der DB AG? Stehen die neu angesetzten Zinskosten für die unterschiedlichen Teile des Angebotes in Relation zu den üblichen Kaufpreisen für das Material? Wie groß sind die Unterschiede bei den angesetzten Zinskosten im Ursprungsangebot der DB AG und im nachgebesserten Angebot ?
- War das Interessenbekundungsverfahren für alle Bieter offen? Gab es neben der DB AG und Veolia noch weitere Bewerber-Interessenten?
- Weitere Fragen vorbehalten

In der Landeszeitung vom 18. Mai 2007 war zu lesen, dass es kurz vor der Entscheidung der Vergabekammer Hinweise des Verkehrs-Ministeriums an die Vergabekammer gab, dass nach einer erneuten Prüfung des Veolia-Angebotes Gründe aufgefallen seien, die dazu führen müssten, die Offerte nicht berücksichtigen zu können. Weiter war zu lesen, dass das Ministerium eingeräumt habe, das Angebot der Veolia vor der Vergabeentscheidung für die DB AG nicht abschließend geprüft zu haben.

Treffen diese Informationen zu?

Wenn ja, wer hat diese Hinweise gegeben, was war Anlass bzw. Hintergrund dieser Aussage? Welche Konsequenzen werden daraus im Ministerium gezogen?

B. Fragen an die AKN:

- Gab es Überlegungen der AKN, sich am Interessenbekundungsverfahren zu beteiligen? Wenn nein, warum nicht ?
- Gab es im Aufsichtsrat oder außerhalb des Aufsichtsrates Hinweise an die AKN, die so verstanden werden konnten, dass seitens des Verkehrs-Ministeriums eine Beteiligung der AKN am Interessenbekundungsverfahren nicht gewünscht ist oder/bzw. untersagt wird?

C. Fragen an die LVS:

- Gab es mündliche Absprachen bzw. Gespräche/Kontakte vor oder nach dem 7.2.07 zwischen der LVS und der DB AG oder anderen Beteiligten/Interessenten bezüglich des Interessenbekundungsverfahrens? Wenn ja, wann, mit wem und was waren die Inhalte dieser Kommunikation?
- Hat die DB AG selbst den Rechenfehler im Ursprungsangebot bemerkt oder gab es Hinweise dazu von der LVS ?

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Monika Heinold